

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 12, 14. Juni 2001

Einblicke

Boykott

Von Heiner Lichtenstein

Bekommen sie nun endgültig eine kleine finanzielle Entschädigung oder doch noch nicht? Immer wieder hat „blick nach rechts“ die seit Jahrzehnten fällige materielle Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter gefordert. Nun hat der Deutsche Bundestag die Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen festgestellt - die letzte Forderung der Wirtschaft ist erfüllt. Damit scheint die erste Überweisung tatsächlich vor der Tür zu stehen. Die Summen, auf die jene gut 1,2 Millionen Männer und Frauen hoffen dürfen, schwanken zwischen 5 000 und 15 000 Mark. Den vollen Betrag bekommt vorerst freilich niemand. Es beginnt mit Raten, weil der zur Verfügung stehende Betrag von 10 Milliarden Mark nicht hinreichen dürfte. Aber immerhin - es scheint loszugehen. Doch unter welcher Hypothek! 56 Jahre hat es insgesamt gedauert.

Schuld daran hat die Wirtschaft mit immer neuen Garantienforderungen, vorgejammert von ihrem Sprecher Wolfgang Gibowski. Der hatte zuletzt sogar einräumen müssen, die zugesagten fünf Milliarden Mark seien noch gar nicht auf dem Konto der Wirtschaft angekommen. Schließlich gab es noch Streit um die Zinsen des Beitrages der Industrie. Nach erstem Druck räumte man dann ein, 100 Millionen draufzulegen. Wahrscheinlich beläuft sich der Zinsertrag aber auf die doppelte Summe. Das Geld muss für die Opfer bereitgehalten werden. Schließlich ist die Stiftung ja nicht gegründet worden, um Zinsen für die Unternehmen zu erwirtschaften.

Das sind zwar verglichen mit den zehn Milliarden Kleinigkeiten, aber es geht auch um Moral. Und die ist für den überwiegenden Teil der deutschen Wirtschaft ohnehin auf der Strecke geblieben. Denn nur eine relativ kleine Zahl von Betrieben hat sich überhaupt engagiert. Die Namen der anderen findet man im Internet und in einigen Zeitungen. Wir sollten daraus die Konsequenz ziehen und Produkte der Verweigerer boykottieren - für immer.

Heimstätten im Netz

Im Internet bieten Provider auch speziell ihre Dienste für rechtsextreme Kundschaft an.

Seite 2 ■

Brauner Klartext

Ein Dortmunder Neonazi setzt offen auf das Konzept Terror und empfiehlt die baskische ETA als Vorbild.

Seite 3 ■

Kultband im Zwielficht

Die „Böhsen Onkelz“ haben sich keineswegs eindeutig von rechtem Gedankengut abgewandt.

Seite 6 ■

Bedrohte Gedenkstätte

Das NS-Täter-Dokumentationszentrum auf Rügen steht vor dem finanziellen Aus.

Seite 8 ■

Rechtsextreme Söldner

Angehörige des Sicherheitsdiensts des Front National vertraten in Afrika „französische Interessen“.

Seite 12 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhöffel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Braune Netzstätten**

Im Internet bieten einschlägige Provider speziell auch ihre Dienste für Rechtsextremisten an.

Deutschsprachige Neonazi-Webseiten werden meistens über ausländische Provider ins Netz gestellt, ein Trend, der durch Initiativen gegen Netznazis und Strafverfolgungsmaßnahmen noch verstärkt wird. Dass auch damit gegen deutsches Recht verstoßen werden kann, zeigen nicht zuletzt die Durchsuchungen bei Mitgliedern des Deutschen Freundeskreis Schwaben (DFS; vgl. BNR 7/01) oder die Ermittlungen gegen Robin Christian Fritz, der unter dem Pseudonym Taiste die Seite einer „Arischen Bruderschaft“ mit Bombenbauanleitungen und Hasslisten zu verantworten hat (BNR 9/01).

Viele der braunen Seiten werden, wie andere Webseiten auch, über Freehoster, Anbieter von kostenlosem Speicherplatz, ins Netz gebracht. Kostenlos gibt es im Internet auch bei vielen Diensteanbietern E-Mailadressen, Gästebücher, Weiterleitungsadressen und Diskussionsforen, Angebote die im Internet generell gerne genutzt werden. Betroffen davon sind in erster Linie bekannte oder bei Surfern beliebte Provider wie GMX, Geocities, Parsonomy und andere. Vielfach verstoßen die eingestellten rechtsextremen Inhalte, Äußerungen und Dateien ecetera gegen die jeweiligen allgemeinen Geschäftsbedingungen der Anbieter – schon eine entsprechende Beschwerde kann hier schnell zur Löschung der betreffenden Seite führen. Oft ist dies jedoch nur ein kurzer Erfolg – viele der braunen Webpages tauchen an anderer Stelle wieder auf, einige davon über kurz oder lang bei einschlägigen Providern, die gezielt als braune Netzstätten auftreten. So galt der seit 1998 seine Dienste anbietende Provider Yoderanium als das Sammelbecken rechtsextremer Internetseiten – bis er Anfang des Jahres unter anderem wegen finanzieller Probleme seine Dienste einstellen musste.

Unumstrittender Nachfolger von Yoderanium ist heute „Front14“. Bei dem auf den Namen John Gill und eine Postfachadresse im amerikanischen Eagle River (Arkansas) registrierten Anbieter sind fast 300 rechtsextreme Seiten angemeldet, ein Fünftel davon deutschsprachig. Darunter sind Seiten neonazistischer Kameradschaften ebenso wie der NPD-

Kreisverband Rems-Murr, der hessische „Bembelsturm“ oder die Internetseiten der Neonazischrift „Der weiße Wolf“, bei der einiges auf David Peterreit aus Blumenholz in Mecklenburg-Vorpommern deutet. Mittlerweile bietet Front14 seine braunen Dienstleistungen auch gegen Bezahlung an.

Ebenfalls gegen Bezahlung offeriert der Neonazi Gary Rex Lauck unter dem Namen „RJG Engineering“ seine Dienste als Provider unter drei „zensurfreien“ Domainnamen, bislang ohne erkennbaren Erfolg. Laucks Aushängeschild sind dabei der wahrscheinliche Schutz vor der „Meinungsverfolgung“ in Deutschland und seine Sprachkenntnisse: „Man hat einen politisch zuverlässigen, deutschsprachigen, als Geschäftsmann erfahrenen Mitarbeiter in den USA, der alles regelt“. Daneben taucht Lauck vermehrt als Registrant von Domainnamen auf. So ist auf ihn nicht nur die Netzadresse der NSDAP/AO registriert, als deren selbst ernannter Anführer der im August 1996 vom Hamburger Landgericht wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilte Lauck auftritt. Mittlerweile steht Lauck auch bei diversen deutschen Domains von Neonaziseiten als Inhaber, so bei der Online-Präsenz der HNG-Nachrichten.

■ Schutz vor „Meinungsverfolgung“ ■

Auch in Deutschland gibt es einschlägige Diensteanbieter. Hier hat sich besonders der ehemalige FAP-Landesvorsitzende und Betreiber des Hamburger Infotelefon, Jens Siefert, hervorgetan. Über die Internetseiten des NIT ermöglicht seine Firma Webpoint den braunen Kameraden das Anlegen kostenloser Gästebücher, die sie in ihre Seiten einbinden können. Zudem ist Webpoint Provider diverser rechtsextremer Webseiten, darunter „Signal online“, Seiten von Horst Mahler, der Webpräsenz der NPD oder des Aufruhr-Versands aus Gera. Dieser wird betrieben von Jörg Soa (NPD) und Jens Krautheim, Führungskader der Kameradschaft Gera und NPD-Landesvorstandsmitglied. Krautheim tritt im Internet neuerdings auch als „nationaler Medienverbund Wynnweb“ auf und bietet dort „kostenlose Gästebücher für Nationalisten“, um den Kameraden die Möglichkeit zu bieten, sich von „systemkonformen Anbietern zu trennen“, die sich von „Denunzianten“ unter Druck setzen ließen. Integriert in jedes Gästebuch ist derzeit der Werbebanner des Aufruhr-Versandes.

Rudolf Kleinschmidt

Aktivitäten

Terror als Konzept

Der Dortmunder Neonazi Michael Krick empfiehlt seinen Kameraden die baskische Terrorgruppe ETA als Vorbild.

Bei den Dortmunder Neonaziaufmärschen im vorigen Jahr sollte er noch als Ordner dafür sorgen, dass keiner der Kameraden über die Stränge schlug. Jetzt, ohne Ordnerbinde, spricht der Dortmunder Neonazi Michael Krick braunen Klartext.

„Greift das System und seine Knechte an, wo immer es geht“, fordert der einschlägig Vorbestrafte von seinen Kameraden. „Auch die, die gegen unsere Rasse vorgehen und sie zu vernichten suchen - Staatsschutz, Staatsanwälte und Richter - haben Namen, Adressen und Familien“, droht er ganz unverhohlen. „Macht ihnen klar, dass wir das ganz einfach nicht mehr dulden. Eurer Fantasie sind hierbei keine Grenzen gesetzt. Jeder mag seinen Ermessensspielraum selbst abstecken.“ Kricks Leitbild dabei: „Als Vorbild mag uns ganz eindeutig die baskische ETA dienen.“

Das ZDF filmte Krick bei seinem letzten Auftritt, nach Informationen des „blick nach rechts“ bei einem Treffen niederländischer und deutscher Neonazis, am 6. Mai in einem kleinen Ort in der Nähe von Nijmegen. Eingeladen hatte die Niederlandse Volks Unie, die vom rechtsextremistischen Nationalen Infotelefon Rheinland als „radikalste Partei der Niederlande“ bezeichnet wird. Enge Verbindungen vor allem mit nordrhein-westfälischen Neonazis kennzeichnen ihre Arbeit. Den Vorstand bilden laut NIT Rheinland der Holländer Constant Kusters als Parteivorsitzender und der Deutsche Christian Malcoci aus dem niederrheinischen Korschbroich als Parteisekretär. Malcoci tritt in Kerkrade als Kandidat der NVU zu den holländischen Kommunalwahlen an. Zu der Veranstaltung der Volks Unie Anfang Mai hatte im Internet auch der „Siegener Bärensturm“, der Siegerländer Zweig der neonazistischen Sauerländer Aktionsfront aufgerufen.

Dass Krick nicht daheim, sondern im Ausland als Redner auftrat, verwundert nicht. In Deutschland wird er per Haftbefehl gesucht, weil er zu zwei Gerichtsverhandlungen in Berlin und Dortmund nicht erschien. Gut möglich, dass die Richter den Über-

zeugungstäter Krick wieder hinter Gitter geschickt hätten, hätte er auf der Anklagebank Platz genommen. Vorbestraft ist der gebürtige Mescheder, der früher zu den wichtigeren Figuren der Sauerländer Aktionsfront (SAF) zählte, bereits wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung eines Polizisten, Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates und wegen des Verwendens von Kennzeichen verbotener Organisationen. Zuletzt saß er bis Mitte 1999 eine 18-monatige Strafe ab.

Inzwischen hat sich Krick nach BNR-Informationen in das Nachbarland im Westen abgesetzt. Dort hin hat er schon vor Jahren enge Bande geknüpft. Er galt als einer der nordrhein-westfälischen Neonazis, die für die besonders engen Verbindungen zu den holländischen Rechtsextremisten sorgten. Dies tat er auch, als er noch in Dortmund wohnte (nomen est omen: ganz in der Nähe der S-Bahn-Station „Germania“ im Übrigen). Und schon damals gehörte er zu denen, die Gewalt befürworteten. „Berger war ein Freund von uns! - 3:1 für Deutschland“ hieß es auf Aufklebern, mit denen im vorigen Jahr der dreifache Polizistenmörder Michael Berger, der sich auf der Flucht selbst tötete, von Neonazis gefeiert wurde. Drei getötete Polizisten: Für Krick ein Sieg für Deutschland. Gefunden wurde eine Menge von Aufklebern und Plakaten mit dem entsprechenden Aufdruck damals in Kricks Wohnung.

Auch als der Plettenberger Neonazi Christoph Schulte, wegen Mordversuchs von der Münchner Polizei gesucht, sich noch vor der Polizei verbarg und in den Niederlanden Unterschlupf gefunden hatte, vermuteten Polizei und Staatsanwaltschaft in Michael Krick einen der Fluchthelfer. An einem Samstag Anfang Februar wurde seine Wohnung gefilzt. Kurz darauf tauchte Krick ab. Und jetzt - via ZDF und aus Holland - wieder auf. Er setzt inzwischen auch ganz offen auf das Konzept Terror.

In niederländischen Hinterzimmern droht er, wie er das in der bundesdeutschen Öffentlichkeit wohl kaum tun könnte, mit Gewalt: „Es geht um unsere Zukunft, um die unserer Nachkommen, ja unserer gesamten Art. Zeigt kein Erbarmen und keine Reue. Der Weiße Arische Widerstand lebt und wird unsere Feinde, den Weltfeind, das Fürchten lehren und das Biest seinem gerechten Ende zuführen. Bildet Zellen nach dem Vorbild des führerlosen Widerstandes, unterstützt die nationalrevolutionären Zellen. Sieg oder Walhalla!“ Sieg oder Tod.

Tomas Sager

Aktivitäten**Schlesien im Herzen**

Die Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland hat in Schliersee ihre Annaberg-Kämpfer geehrt.

Die Graue Eminenz glänzte diesmal durch Abwesenheit. Nahm Gudrun Burwitz, Tochter Heinrich Himmlers, in der Vergangenheit noch regelmäßig an den Annaberg-Gedenkfeiern der Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland teil, so hielt man am 20. Mai im oberbayerischen Schliersee vergeblich nach ihr Ausschau. Möglicherweise war die verstärkte Berichterstattung über ihr Engagement im Verein „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte“ der Grund für ihr Fernbleiben.

Rund 250 Besucher waren zur St. Georgs-Kapelle auf den Weinberg gepilgert, um zum 80. Mal der Kameraden zu gedenken, die anno 1921 bei der Erstürmung des Annabergs in Oberschlesien ihr Leben ließen. Die Landsmannschaften der Schlesier und Oberschlesier hatten allem Anschein nach verstärkt nach Schliersee mobilisiert - viele schlesische Trachten, Abzeichen und Fahnen waren zu sehen. Zusätzlich zu diesen meist hochbetagten Besuchern waren aber auch Vertreter der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) vor Ort sowie Burschenschafter und weitere junge Männer mit szenetypischer Kurzhaarfrisur.

Das 1919 gegründete paramilitärische Freikorps Oberland bekämpfte vehement die Münchner Räterepublik und war 1921 an der Eroberung des Annabergs beteiligt. Dieser Berg hat für die polnischen Katholiken hohen Symbolwert. 1923 ging der Verband zusammen mit dem Bund Reichsflagge und der SA im Vaterländischen Kampfbund auf. Dort mit im Vorstand: Adolf Hitler

Vor imposanter Bergkulisse und bei früh sommerlichen 25 Grad begann um Punkt 11.00 Uhr die Feldmesse. Die Predigt des Geistlichen dürfte ganz im Sinne der versammelten Gemeinde gewesen sein. „Schlesien bleibt unser“ lautete in den 80er Jahren das Motto eines Deutschlandtreffens der Schlesier und es gab damals viel Freude darüber“ ließ er verlauten. „Unter euch befinden sich sicherlich viele, die das genauso sehen“, fuhr er fort und rief dazu auf, „Schlesien im Herzen zu bewahren“. Der Priester verschwieg freilich, dass die

LM Schlesien 1985 gedrängt wurde, das ursprüngliche Motto ihres Deutschlandtreffens, „40 Jahre Vertreibung ‘Schlesien bleibt unser’“ in „40 Jahre Vertreibung ‘Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker’“ abzuändern, bevor Helmut Kohl dort seine Ansprache hielt. Nachdem der Geistliche seiner Zuhörerschaft so aus dem Herzen gesprochen hatte, machten sich die alten und jungen Kameraden daran, die toten Kämpfer zu ehren. An der Gedenktafel wurden Kränze niedergelegt, über dem Schliersee hallten mehrere Böllerschüsse, das Deutschlandlied in allen drei Strophen und „Ich hatt’ einen Kameraden“. So manch alter Hauden gen wischte sich eine Träne aus dem Gesicht.

„Wir danken dem Freikorps Oberland ganz herzlich und werden, ob es den Leuten passt oder nicht, in Zukunft weiterhin die 52 Kämpfer ehren“, erklärte eine Vertreterin der LM Oberschlesien trotzig, bevor sie ihren Kranz ablegte. In zackigem Ton entbot ein Mitglied des Landesverbandes Bayern der JLO seine Grüße und lobte die „geistige Gesundheit“ derjenigen, die an die Ereignisse vor 80 Jahren erinnern. Im Anschluss präsentierte er stolz ein Banner mit Elchschaufel, ein Symbol, das die JLO eigentlich gar nicht mehr verwenden dürfte. Anfang vergangenen Jahres hatte sich die Landsmannschaft Ostpreußen nämlich von ihrer Jugendorganisation getrennt, war jene doch allzu sehr ins neonazistische Fahrwasser geraten.

Der Landesverband Baden-Württemberg der JLO dürfte ebenfalls anwesend gewesen sein, auf seiner Homepage war unter den Terminen für den 19./20. Mai eine „Wanderung im Raum Miesbach und anschließender Besuch der Annaberg-Gedenkfeier“ zu finden. Selbst Kameraden aus Berlin hatten sich nach Oberbayern aufgemacht, auf ihrem Wagen prangte statt eines „D“ für Deutschland ein „SWA“ für Südwestafrika.

Mit Widerspruch haben die Veranstalter in Schliersee jedenfalls nicht zu rechnen. Was im bayerischen Voralpenland aber nicht weiter verwundern sollte. Im nahen Bad Wiessee hielt die Deutsche Monte Cassino Vereinigung im September 2000 unbehelligt eine Gedenkfeier für Generalfeldmarschall Albert Kesselring ab, der im Zweiten Weltkrieg in Italien für zahlreiche verbrecherische Befehle verantwortlich war. In Prien am Chiemsee gibt es nach wie vor den „Von-Bomhard-Weg“. Vier Mitglieder der Familie werden durch diese Straßenbezeichnung geehrt, darunter Adolf von Bomhard, ehemaliger SS-Gruppenführer und später Bürgermeister und Ehrenbürger von Prien. *Roland Lory*

Aktivitäten**Happy Birthday****Die Polizei löste ein als Geburtstagsparty getarntes Skinhead-Konzert auf**

Dass der Ludwigshafener Neonazi Christian Hehl („Hehli“) eine große Geburtstagsparty plante, hatte sich in der Szene schon lange herumgesprochen. Von einem Mega-Konzert mit insgesamt zehn Bands wurde schwadroniert, nur wo das rechte Fest am 26. Mai stattfinden sollte, wusste vorher niemand so genau. Zunächst sah es so aus, als würde sich der Skinhead-Konvoi Richtung Österreich bewegen. Schließlich stellten die rund 600 Rechtsextremisten ihre Autos vor einem Schloss im bayrischen Steinach ab. Kurz vor 22.00 Uhr stand gerade die Stuttgarter Band „Noie Werte“ auf der Bühne, da war es plötzlich still. Die Polizei hatte den Strom abgedreht und den rechten Spuk im Schloss beendet. Als die Beamten das Treffen mit Teilnehmern aus dem In- und Ausland beenden wollten, wurden sie mit Flaschen und Steinen beworfen. Drei Beamte wurden verletzt, mehrere Einsatzfahrzeuge beschädigt. Fünf Skinheads wurden festgenommen.

Das Schloss Steinach gehört eigentlich einem Geschäftsmann aus Straubing. Der hat das Gebäude an den örtlichen Motorrad-Club „Road Riders“ weitervermietet. Der Vorsitzende der Jungen Nationaldemokraten Sascha Roßmüller stellte nicht nur den Kontakt zum Motorrad-Club her, in seiner Wohnung wurde auch gleich der Mietvertrag unterzeichnet. Der Vorsitzende des Biker-Vereins distanzierte sich nach dem Treffen von seinen rechten Untermietern. Roßmüller sei ihm zwar „vom Namen her“ bekannt gewesen, von den politischen Aktivitäten will man aber nichts gewusst haben.

Seit seiner Haftentlassung im November vergangenen Jahres ist Christian Hehl nonstop auf Tour. Zuletzt ist der 32-Jährige am 2. Juni an der Seite von Christian Worch und Friedhelm Busse durch die Karlsruher Innenstadt marschiert. Die „Geburtstagsparty“ könnte für Hehl noch ein Nachspiel haben. Denn nach dem bayrischen Landesgesetz müssen Großveranstaltungen bei der örtlichen Gemeinde angemeldet werden. Das hat der Ludwigshafener Neonazi aber nicht gemacht. Nachdem die Polizei Straubing Anzeige erstattet hat, droht Hehl nun eine Ordnungsstrafe. *Daniel Ernst*

Aktivitäten**„Nie wieder Krieg“****Die NPD zeigt sich friedensbewegt und verbreitet Anti-Nato-Parolen**

Unter dem Motto „1000 Völker statt 1000 Bomben“ zelebrierte die NPD am 9. Juni im Volkspark von Kaiserslautern ein rechtes Anti-Nato-Fest, an dem rund 300 Neonazis teilnahmen. Diese Aktion richtete sich gegen ein von der Nato ausgerichtetes Musikfestival, das alljährlich in Kaiserslautern stattfindet. Die NPD versucht sich bis in der Wahl ganz an die Diktion der alten Friedensbewegung anzupassen. So wurde von den Rechten zur Vorbereitung dieser Aktion eine „Antimperialistische Initiative - Nie wieder Krieg“ aus den Boden gestampft. Auch weite Teile des Aufrufs mit dem Titel „Freiheit statt Imperialismus“ könnten aus Texten der Friedensbewegung der 80er Jahre abgeschrieben sein. „Während die Menschen auf dem Balkan immer noch unter den Folgen des NATO-Angriffskrieges, z.B. der Verseuchung der Natur durch uranhaltige Geschosse und der gezielten Zerstörung von Chemieanlagen, zu leiden haben, soll der Bevölkerung durch harmloses Musizieren Sand in die Augen gestreut werden“ heißt es in dem Aufruf der Rechtsextremen.

Redner auf dem Anti-Nato-Fest waren neben dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt der Bundesvize Holger Apfel, der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten Sascha Roßmüller, der als freier Nationalist firmierende wegen Bombenanschlägen vorbestrafte Peter Naumann, der als europäischer Befreiungsnationalist angekündigte Saffet Babic sowie die Vorsitzende der Bürgerbewegung für unser Land, Annemarie Paulitsch. Das Kulturprogramm bestritten der seit Jahren in der rechten Szene auftretende wegen Volksverhetzung verurteilte Liedermacher Frank Rennicke, die rechte Liedermacherin Annett sowie die französische Nazi-Skin-Band „Carpe Diem“. Die Polizei schritt nicht ein, obwohl ein Großteil der Festbesucher, die vom Gericht verhängten Auflagen, wie das Verbot, Springerstiefeln und Bomberjacken zu tragen, ignorierte.

Der DGB, die VVN/BdA und das Antifaschistische Aktionsbündnis 9. Juni, hatten zu Protesten gegen das NPD-Fest aufgerufen, an denen rund 300 Gegendemonstranten teilnahmen. *Peter Nowak*

Hintergrund**„Zwei Frequenzen“**

Die Kultband „Böhse Onkelz“ ist in der extrem rechten Szene nach wie vor äußerst beliebt.

Die „Böhsen Onkelz“ müssen es vorerst hinnehmen, als „berüchtigte rechtsradikale Band“ bezeichnet zu werden. Das hat das Landgericht Berlin entschieden und damit einem Widerspruch der „tageszeitung“ (taz) stattgegeben. Die „taz“ hatte einer Einstweiligen Verfügung widersprochen, mit der ihr das Gericht kurz zuvor untersagt hatte, diese Formulierung weiter zu verwenden. Die Berliner Richter stellten jetzt fest, die Äußerung sei vom Recht auf Pressefreiheit gedeckt. Auch wenn die Entscheidung in der Hauptverhandlung noch aussteht, hat das Urteil die Debatte über die Zugehörigkeit der „Böhsen Onkelz“ zum rechten Lager neu entfacht.

Inzwischen hat die „taz“ ihre umfangreiche Erwiderung auf die Onkelz-Klage im Internet veröffentlicht (www.taz.de/pt/etc/nf/onkelz). Darin räumt sie ein, dass die aktuellen Lieder der Frankfurter Band, die sich in den 80er Jahren zum Skinhead-Kult gehörig fühlte und aggressiv rassistische Songs angestimmt hatte, „explizit-politische Parolen“ nicht enthielten. Bedient werde vielmehr „eine männlich-aktivistische, soldatische und egozentrische Mentalität“ der Fangemeinde. Eine glaubhafte Abkehr der Onkelz vom rechten Lager sieht die Zeitung allerdings nicht. Die Band sende „auf zwei Frequenzen“: Nach außen setze sie sich von neonazistischen Mördern ab, relativiere solche Distanzierungen aber gegenüber dem Publikum. Der rechte Teil der Fangemeinde nehme denn auch die Läuterung der Band nicht sonderlich ernst. Die „taz“ weist zu Recht darauf hin, dass sich die Onkelz in rechten Kreisen nach wie vor großer Beliebtheit erfreuten: „Wären sie ‘Renegaten’, fielen sie in Ungnade. Gerade weil sie keine Renegaten sind, bleibt die Verehrung.“ So sind Titel der Band als MP3 auf neonazistischen Homepages abrufbar, die NPD vertreibt deren CDs über den Deutsche-Stimme-Versand und bejubelt Platten und Konzerte der Onkelz.

Das wichtigste Kontinuitätsmoment sieht die „taz“ im unveränderten Namen der Band, der gegen einen Bruch mit der eigenen Vergangenheit stehe. Sie

weist darüber hinaus darauf hin, dass die Gruppe eine „Best-Of“-CD angekündigt habe, die Songs aus der gesamten 20-jährigen Bandgeschichte enthalten soll. Darüber hinaus zitiert die Klageerwiderung einen Artikel der „Hamburger Morgenpost“, demzufolge Onkelz-Anwalt Christian Nagel 1999 versucht habe, die Streichung alter Titel der Band (zum Beispiel „Der nette Mann“ von 1986) aus der Liste der jugendgefährdenden Schriften zu erreichen. Demnach sind die Bemühungen aus formalen Gründen gescheitert. Der Schriftsatz der „taz“ liefert auch Entgleisungen: So wird der Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit, der sich zu Gunsten der Onkelz geäußert hatte, in die Nähe der rechten Szene gerückt und das Musikmagazin „RockHard“ als „rechtsradikal“ bezeichnet. Zwar muss sich die Dortmunder Zeitschrift mehrere unkritische Beiträge über die Onkelz sowie die Gothic-Band „Weissglut“ mit ihrem damaligen Sänger Josef Klumb („Ich bin ein Individualfaschist“) vorhalten lassen, ins rechte Lager gehört sie aber keineswegs.

Die Band hat das Berliner Urteil zwar an prominenter Stelle auf ihrer Homepage aufgegriffen, aber nur lapidar kommentiert. Die „taz“ habe versucht, das Verfahren zum Politikum zu stilisieren und das Gericht habe sich denn auch „prompt nicht getraut“, den Onkelz Recht zu geben. Die Bitte, dem „blick nach rechts“ die Klagebegründung zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt. Heftigen Widerspruch erntete die „taz“ im eigenen Internet-Forum. In mehr als 900 Mails machten fast ausschließlich nicht rechte Onkelz-Fans ihrem Ärger Luft. Aber auch der ehemalige Chefredakteur der Heavy-Metal-Zeitschrift „Metal Hammer“, Edgar Klüsener, hat sich per E-Mail aus Manchester zu Wort gemeldet. Der „Metal Hammer“ hatte im Januar 1988 als erstes wichtiges Magazin ein prestigeträchtiges Interview mit der Band veröffentlicht und den Neonazi-Vorwurf zurückgenommen. Klüsener bereut das Interview inzwischen und hält die Band zwar weiterhin nicht für eine neonazistische, wohl aber „faschistoide“ Band: „Sie huldigen antiquierten Kriegeridealen, stellen sich selbst als einsame Wölfe dar, die streiten, ohne jemals einen Grund dafür anzuführen. Gerade weil sie nicht politisch agitieren, sondern an dumpfe Gefühlslagen appellieren, halte ich die Onkelz mittlerweile angesichts ihrer Verkaufszahlen auch für sehr gefährlich.“ Das Spiel mit ihrem Image habe die Band so sehr perfektioniert, dass man von einem „Marketing-Masterplan“ sprechen müsse. Heute wäre ihm lieber, so der ehemalige Chefredakteur, „wir hätten die Band damals einfach totgeschwiegen.“ *Thomas Pfeiffer*

Hintergrund

NPD-Villa verkauft

Der Gemeinderat der schwäbischen Kleinstadt Eningen unter Achalm (Kreis Reutlingen) beschloss am 15. Mai den Kauf des „Geschwister-Krieg-Zentrums“ für offiziell 2,15 Millionen Mark. Im Februar 1994 waren Haus samt Grundstück der NPD vererbt worden. Die NPD soll die Villa, in der auch die baden-württembergische Landesgeschäftsstelle untergebracht ist, bis zum 15. Juni räumen.

Die Schwestern Charlotte und Frieda Krieg hatten bereits 1984 ihr Elternhaus der NPD vermacht. Nach dem Tod der letzten „völkisch umnachteten“ Schwester Charlotte zehn Jahre später fiel die Immobilie samt dem 7800 Quadratmeter großen Grundstück an die NPD. Eine Art nationaler Begegnungsstätte sollte nach dem letzten Willen der beiden verstorbenen NPD-Unterstützerinnen aufgebaut werden. Während der gesamten siebenjährigen Nutzung durch die NPD fanden zahlreiche Sitzungen, Seminare und Veranstaltungen in der Eninger Schillerstraße statt. Zuletzt veranstalteten die Jungen Nationaldemokraten am Osterwochenende ein Strategieseminar im Geschwister-Krieg-Zentrum. Begleitet wurden die Aktivitäten der Rechtsextremisten vielfach von Protesten einheimischer und auswärtiger Personen und Organisationen. Die Gemeinde Eningen hatte der NPD schon vor zwei Jahren ein Verkaufsangebot unterbreitet. Damals hatten die Nationaldemokraten 2,5 Millionen Mark für die Immobilie gefordert. Im vergangenen November nahm die NPD nach einem Vorstandswochenende die Verkaufsverhandlungen wieder auf, die jetzt, nachdem die Gemeinde der NPD um weitere 80 000 Mark entgegen gekommen sein soll, ihren erfolgreichen Abschluss fanden.

Mit dem Verkauf der Immobilie kommt die NPD einer möglichen Beschlagnahme bei einem drohenden Partei-Verbot zuvor. So wird in Eningen spekuliert, dass die Partei das Geld für die Prozesskosten des Verbotsverfahrens braucht. Nach Aussage des Landesgeschäftsführers Janus Nowak erwartet die NPD „Prozess- und Anwaltskosten in Höhe von einer Million Mark“. Die NPD denkt nach einem Bericht des Reutlinger „Generalanzeigers“ daran, ihre Landesgeschäftsstelle wieder nach Stuttgart zurück zu verlegen. Der Landesgeschäftsführer soll, so die Lokalzeitung, schon eine neues Objekt dafür in Aussicht haben. *Eva Bernhard*

Verfassungsschutz

Zulauf für Militante**Berlins Verfassungsschützer warnen vor steigender Gewaltbereitschaft**

Die rechtsextremen Straftaten sind um 40 Prozent auf 333 Vorfälle angestiegen, darunter 39 Gewaltdelikte (Vorjahr: 29) mit 31 Körperverletzungen, begangen nach wie vor zum überwiegenden Teil aus fremdenfeindlicher Motivation. Diese Zahlen nennt der aktuelle Berliner Landesverfassungsschutzbericht, der am 29. Mai vom amtierenden Innensenator Eckart Werthebach vorgestellt wurde. Erheblichen Zulauf hat das militante rechte Potenzial, dem jetzt 830 Personen (+ 90) zugerechnet werden, darunter 550 Skinheads, 210 nichtorganisierte und 70 organisierte Rechtsextremisten. Leichten Zuwachs auf 440 Anhänger kann auch das neonazistische Spektrum verbuchen. An Bedeutung verloren haben allerdings die so genannten neonazistischen Kameradschaften, die vielfach an Aktivitäten der NPD beteiligt waren. Als Strippenzieher wirkte hier in den vergangenen Jahren besonders das NPD-Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt. Im Zuge der taktischen Distanzierung der Partei-Spitze von den Neonazis sei aber die „willfähige ‘Verfügungsmasse Kameradschaften’ für die NPD nicht mehr ohne weiteres mobilisierbar“, heißt es im Bericht. Die Verfassungsschützer beunruhigt eine zunehmende Akzeptanz von Gewalt: innerhalb der rechtsextremistischen Szene werde zunehmend über den Einsatz von Gewalt diskutiert, bei den Neonazis seien teilweise „deutliche Anzeichen für eine gesteigerte Gewaltbereitschaft bis hin zu terroristischen Ansätzen zu erkennen“, wird festgestellt. Besonders Augenmerk bedarf nach Erkenntnissen der Behörde die „Anti-Antifa“-Szene, die mit forcierter Hetze und „Schwarzen Listen“, in denen Daten ihnen missliebiger Personen verbreitet würden, gegen politische Gegner vorgehe. Keine Entwarnung gibt der Bericht, was die Mitgliederzahlen der rechtsextremen Parteien angeht. Das Personenpotenzial insgesamt ist zwar mit noch 2 680 Mitgliedern rückläufig, der Schwund geht aber ausschließlich auf das Konto der „von stem Bedeutungungsverlust“ gekennzeichneten Republikaner, denen 150 Parteizugehörige den Rücken gekehrt haben (Stand: 600). Am mitgliederstärksten ist jetzt die DVU, die konstant bei 630 Anhängern liegt. Einzig die NPD weist Zuwachs auf und zählt nunmehr 240 Mitstreiter (+ 20). *G.N.*

NS-Vergangenheit**Ein Ort der Täter**

Das Dokumentationszentrum auf Rügen soll über die Arbeits- und Sozialpolitik der Nazis aufklären. Im Juli droht das Aus.

Zahlreiche Gedenkstätten erinnern an die Nazi-Opfer, aber nur wenige ordnen die Täter ein und entlarven sie. Am 20. Oktober 1999 wurde auf dem Obersalzberg in Bayern das Dokumentationszentrum über den obersten Führer und seine engste Umgebung eröffnet. 150 000 Besucher - davon 25 Prozent Schüler und Studenten - sind inzwischen dort gewesen - ohne Zwischenfälle oder rechte Schmierereien. Die Website wird mittlerweile 9000-mal je Tag angeklickt. Der Ort der Täter wurde keine Art von Wallfahrtsort für alte und neue Nazis. Ähnliches wird für das zweite Täter-Dokumentationszentrum erwartet: das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. Es soll am 4. November eröffnet werden. Die Stadt Nürnberg stellt sich seit Jahren mutig ihrer braunen Vergangenheit und tut dies weiter mit diesem Zentrum. Das dritte Täter-Zentrum soll die Arbeits- und Sozialpolitik der Nazis dokumentieren - selbstverständlich einschließlich der Ausgrenzungs-, Verfolgungs- und Ausrottungspolitik. Denn diese war ja Bestandteil aller Maßnahmen. Je besser es den arischen Deutschen ging, desto schlimmer wurde es für alle Opfer - die Juden, die Sinti und Roma, die Homosexuellen und andere. Doch diesem im Aufbau befindlichen Zentrum in Prora auf Rügen droht in Kürze das Aus. Am 30. Juni endet die Finanzierung durch die EU. Wie es danach weitergehen soll, weiß derzeit niemand.

Nirgendwo in der Bundesrepublik gibt es eine Anlage, die für eine solche Dokumentation besser geeignet ist als Prora. Dort wollten die Nazis das „KdF-Seebad der Zwanzigtausend“ bauen. KdF war die Abkürzung für die NS-Organisation „Kraft durch Freude“. Der Rohbau steht unverändert am schönsten Strand von Rügen. Jedes der acht Bettenhäuser ist 500 Meter lang, der Restaurantkomplex misst 110 Meter. Alles steht unter Denkmalschutz. Der Betrieb wurde nie aufgenommen. Mit Kriegsbeginn endeten die Arbeiten. Um Prora ranken sich zahlreiche Geschichten von guten Seiten der NS-Politik. Tatsächlich war das geplante Seebad - so der Prospekt des Vorläufer-Dokumentationszentrums - „ein Element der nationalsozialisti-

schen Arbeits- und Sozialpolitik, die im Dienst der Kriegs- und Rassenpolitik stand. Das angeblich zur Erholung des 'Deutschen Arbeiters' geplante Seebad verfolgte vor allem Zwecke der Kriegsvorbereitung, nämlich die 'Stärkung der Nerven' der Menschen, wie führende Nationalsozialisten betonten, und der Befriedung der Arbeiter, die enteignet und deren Organisationen 1933 zerschlagen worden waren.“ Renommiertere in- und ausländische Wissenschaftler etwa aus den skandinavischen Staaten unterstützen das Projekt, die EU und das Land Mecklenburg-Vorpommern fördern die erfolgreichen Vorarbeiten, aber wenn im Juli aus Brüssel kein Geld mehr kommt, droht alles zu scheitern. Investoren stehen längst bereit, die gigantische Anlage zu zerschlagen und für touristische Zwecke zu nutzen. Dann wäre eine mit Dokumenten belegte Aufklärungsstätte über die wirkliche NS-Arbeits- und Sozialpolitik endgültig verloren.

■ **„Im Dienst der Kriegs- und Rassenpolitik“** ■

Die Berliner „Stiftung Neue Kultur“ hat im Juli 2000 als Vorstufe zu einem geplanten Museum ein kleines Dokumentationszentrum eröffnet, das besonders im Sommer viel Zuspruch findet, wenn Hunderttausende auf Rügen Urlaub machen. Allein in den Sommerwochen nach der Eröffnung wurden 10 000 Besucher gezählt. Während einer internationalen Tagung Ende Mai dieses Jahres auf Rügen zeigte sich Projektleiter Jürgen Rostock dennoch optimistisch. Er wurde dabei von den Leitern anderer Dokumentationszentren wie Obersalzberg und Reichsparteitagsgelände Nürnberg bestärkt. Keine Stätte der Erinnerung an die NS-Zeit sei vor Ort bei der Planung begeistert aufgenommen worden. Nach sorgfältiger Vorbereitung würden sie dann aber zuerst akzeptiert und schließlich sogar gefördert.

Dass Prora fast unbekannt ist, liegt an der Teilung Deutschlands. In einzelnen Abschnitten der Nazi-Anlage waren Einheiten der Nationalen Volksarmee stationiert. Auf einem besonderen Gelände sind Terroristen anderer Staaten trainiert worden. Teile Rügens waren Sperrgebiet und wurden erst nach der Vereinigung der beiden Staaten freigegeben. Vorher konnte nicht mit der zeitgeschichtlichen Forschung begonnen werden. So ist der gegenwärtige Zeitdruck entstanden, unter dem das geplante Museum und das Dokumentationszentrum aber nicht zusammenbrechen sollte. *Heiner Lichtenstein*

Demokratische Initiativen

Hilfe zur Selbsthilfe

Das Aussteigerprogramm „Exit“ kann auf erste Erfolge verweisen

Mit weltbewegenden Zahlen konnte das Aussteigerprojekt „Exit“ in seiner ersten Bilanz nicht aufwarten - aber dennoch mit deutlich mehr Klienten, als zahllose Spötter im vergangenen Sommer geunkt hatten: 56 ausstiegswillige Rechtsextreme würden zurzeit betreut, erklärte Bernd Wagner, Initiator des Projekts und Leiter des Zentrums Demokratische Kultur, in Berlin. 14 von ihnen hätten die Szene bereits definitiv verlassen. Mit den anderen liefen die Gespräche; bei einigen gestalte sich der Ausstieg allerdings „äußerst kompliziert“, so Wagner. Insgesamt sei er selbst „überaus erstaunt, dass das Projekt so gut angenommen wurde.“

Genutzt würde die Exit-Hotline, so Wagner, auch von zahlreichen Eltern, die entweder ihre Kinder in der rechtsextremen Szene verschwinden sähen oder den Eindruck hätten, ihr Nachwuchs sei vielleicht doch wieder bereits für einen Ausstieg. In einigen Fällen seien die Eltern allerdings auch eher Verhinderer als Helfer: „Wir haben es schon erlebt, dass die Eltern die neue Adresse an ehemalige Genossen weitergegeben haben.“

„Exit“ wurde im vergangenen Herbst von der Berliner Amadeu Antonio-Stiftung und der „Stern“-Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“ ins Leben gerufen. Mit Projektleiter Bernd Wagner sowie der Leiterin der Amadeu Antonio-Stiftung Anette Kahane wurden zwei Mitarbeiter eingebunden, die seit Jahren als ausgewiesene Experten in Sachen Rechtsextremismus gelten. Weiterer Mitgründer ist der Ex-Neonazi Ingo Hasselbach. Unterstützt wird „Exit“ über „Mut gegen rechte Gewalt“ auch von Künstlern wie Udo Lindenberg, Xavier Naidoo, Peter Maffay und anderen.

Einer der Ausgestiegenen, der 24-jährige Matthias Adrian, gab auf der Bilanz-Pressekonferenz in Kurzform seine Biografie sowie seine Motivation für den Ausstieg preis: Mit 13 Beschäftigung mit rechtsextremen Ideologien, mit 14 Leser der „Einstiegsdroge ‘Nationalzeitung’“, mit 21 Eintritt in die NPD, ständiger Kontakt zu Wehrsportgruppen sowie der Hilfsorganisation für nationale und politische Gefangene HNG, aktive Mittäterschaft bei der Schändung einer Synagoge in Worms.

Den Anstoß für den Ausstieg habe seine Freundin gegeben. Nachdem Adrian sich anfangs „selbstverständlich“ von seiner Lebensgefährtin getrennt hatte, als diese begann, am geschlossenen nationalsozialistischen Weltbild zu zweifeln, begann auch er zu zweifeln. Zu den daraus resultierenden Depressionen gesellten sich bald die Bedrohungen der ehemaligen Kumpanen. Über diverse Umwege geriet Adrian an „Exit“ und wurde dort nicht nur psychologisch, sondern auch überlebenstechnisch versorgt - unter anderem mit einer neuen Wohnung, in der er sich dem Zugriff seiner ehemaligen Kollegen entziehen kann. Dass es eine Anlaufstelle gebe, die als eine Art „Brücke zurück in die Gesellschaft“ funktioniere, sei für ihn sehr wichtig gewesen, sagte Adrian.

Für die meisten organisierten Rechtsextremen, konstatierte auch Wagner, sei der Ausstieg aus der Szene komplizierter als man sich das gemeinhin vorstelle. „Exit“ bietet ihnen Beratung auf allen Ebenen, unter Umständen auch kurzfristige finanzielle Hilfen, falls möglichst schnell eine neue Wohnung her muss, versteht sich aber nicht in erster Linie als Sponsoring-Initiative. Bedingung für den Einstieg in den Ausstieg ist, dass die Leute von selbst auf „Exit“ zukommen und erkennen lassen, dass sie sich ernsthaft mit ihrem Handeln auseinander gesetzt haben.

Skeptisch äußerten sich Wagner und Kahane gegenüber dem vom Bundesinnenministerium ins Leben gerufenen Aussteiger-Programm, das vor wenigen Wochen die Arbeit aufnahm. Dieses hofft darauf, dass Führungskader mithilfe der gezielten Ansprache durch Verfassungsschützer zum Ausstieg überredet werden können. Wagner warnte davor, den Grad der Ideologisierung der Anführer zu unterschätzen: Seiner Erfahrung nach mache es in der Regel wenig Sinn mit ideologisch verhärteten Führungskadern zu diskutieren. Auch seien mit aufsuchender Arbeit bisher wenig gute Erfahrungen gemacht worden: „Wir erwarten, dass die Leute bereits begonnen haben, nachzudenken - deswegen sollen die auch zu uns kommen.“

Nicht beantwortet werden konnte die Frage, warum der Erfolg von Exit in den alten Ländern wesentlich größer ist als in den neuen: Nur sieben der 56 Klienten kommen aus Ostdeutschland. Man könne nur vermuten, so Wagner, dass die Informationen über das Projekt dort leichter verfügbar seien.

Jeannette Goddar

www.exit-deutschland.de

In eigener Sache**Unterwanderung?**

Mit einem Förderbetrag des Bundesinnenministeriums hat der „blick nach rechts“ in Zusammenarbeit mit dem Wegewerk Medienlabor seine „Internetpräsenz aufgepeppt“, wie der Berliner „Tagespiegel“ formulierte. Anders als in der gedruckten Ausgabe unseres Informationsdienstes sollen davon besonders Jugendliche angesprochen werden, um ihnen die Fragwürdigkeit und Gefährlichkeit des Rechtsextremismus nahe zu bringen. Zugleich wurde anderen Gruppierungen, Initiativen und Organisationen - der „Community“, also Gleichgesinnten - angeboten, über den Server des BNR Projekte einzutragen oder die Links zu ergänzen.

Bei der Aufnahme dieser Kooperation war uns natürlich bewusst, dass nie auszuschließen ist, dass sich ungebetene Gäste einschleichen. Das ist nun einmal so im offenen Netz und selbst das Bundesinnenministerium musste seine Erfahrungen damit machen. Wie ein im Internet surfender Rechercheur der „Stuttgarter Nachrichten“ kürzlich herausfand, hatten autonome Gruppen diesen Weg genutzt, um über unsere Internetseite auf sich aufmerksam zu machen und für ihre Ziele zu werben, die nicht mit denen des „blick nach rechts“ übereinstimmen.

Die Tendenz des Berichts der „Stuttgarter Nachrichten“ war allerdings verwegen. „SPD-naher Informationsdienst unterwandert - Verfassungsschutz warnt“ titelte der findige Redakteur und garnierte seinen Bericht mit Zitaten des Vizepräsidenten des baden-württembergischen Landesamts für Verfassungsschutz, Hans-Jürgen Doll, der vor einem deutlichen Anstieg der Gewalttaten von Links- gegen Rechtsextremisten, höher als umgekehrt, warnte. Im Gegensatz dazu stehen Erkenntnisse des eine Woche später vom zuständigen Landesinnenminister Thomas Schäuble vorgestellten Verfassungsschutzberichts für das Jahr 2000. Dort heißt es, „Besorgnis erregend stiegen ... die rechtsextremistischen Gewalttaten an“, im Vergleich zum Vorjahr 1999 von 61 auf 107. „Auch von Linksextremisten wird in steigendem Maße Gewalt ausgeübt“, heißt es an anderer Stelle, sie stiegen von 36 auf 55. Wie sich das mit den Zitaten von Amtsleiter Doll und dem darauf fußenden Zeitungsbericht verträgt, ist erklärungsbedürftig. Der „blick nach rechts“ hat trotzdem die beanstandeten Links gekappt.

Klaus-Henning Rosen

Grauzone**Rechter Kurswechsel****Das Studienzentrum Weikersheim hat einen neuen Führungsspitze**

„Endlich Führungswechsel“ jubiliert die revanchistische Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ zur Wahl von Klaus Hornung (Jahrgang 1927), bisher Präsidiumsmitglied, zum neuen Präsidenten des unionsnahen Studienzentrums Weikersheim (SZW). Hornung zur Seite stehen als Vizepräsidenten Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm, Norbert Nothelfer, früherer Freiburger Regierungspräsident und Philipp Jenninger, Ex-Bundestagspräsident.

Die Verbindungen des SZW zur ultrarechten Szene dürften unter Hornungs Amtszeit wieder eine Renaissance erleben.

Der emeritierte Ordinarius für Politikwissenschaften der Universitäten Freiburg und Hohenheim ist seit Jahren ständiger Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“ (JF). 1987 publizierte er im rechtsextremen Hohenrain-Verlag von Wigbert Grabert (Tübingen). 1990 verfasste Hornung, seit 1962 CDU-Mitglied, eine 4-seitige Flugschrift namens „Sturm auf Europa - Eine Zeitbombe tickt“ für den rassistischen „Schutzbund für das deutsche Volk“. Nachgedruckt wurde der Text in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“. 1991 gratulierte Hornung der JF anlässlich deren 5-jährigen Bestehens: „Sie beschreiten, glaube ich, die richtigen Wege, um an der Überwindung jener geistig-politischen Stickluft mitzuwirken, die heute in Deutschland weit verbreitet ist mit ihren Elementen des Schuldtraumas, der reeducation, des nationalen Selbsthasses“. 1995 erklärte Hornung in der JF: „Die ständige Beschwörung ... einer 'extremistischen und neonazistischen' Gefahr in Deutschland ist gewiss eine Erfindung linker Publizisten.“ 1998 steuerte Hornung dem Buch von Claus Nordbruch „Sind Gedanken noch frei? Zensur in Deutschland“ ein Nachwort bei. „Es ist ebenso unfasslich wie niederschmetternd: In Deutschland gibt es heute wieder Gesinnungsdruck und Gesinnungskonformismus, eine Bedrohung der politischen Meinungs- und Denkfreiheit“, so Hornung. Wie die „Junge Freiheit“ berichtete (Ausgabe 17/01) referierte Hornung auf der diesjährigen Tagung des rechtsextremen Schulvereins zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen am 31. März/1. April zu dem Thema „Das Erbe Preußens“.

Anton Maegerle

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Nation&Europa“ (NE), 51. Jg., Nr. 6/2001:

Hauptthema ist die demographische Entwicklung Deutschlands, erwartungsgemäß verengt auf die Forderung „Deutschland den Deutschen“. Das beginnt mit dem Titelbild, in dem lachende blonde, also deutsche Kinder, den ernsthaft studierenden, mit Mütze bestückten, also als muslimisch erkennbaren Kindern gegenübergestellt werden. Im Leitartikel (Werner Baumann) wird der Politik angesichts der „Sorge um den Bestand des deutschen Volkes“ Unwahrhaftigkeit vorgeworfen, „vom Gedanken der Arterhaltung ist diese ... Bevölkerungspolitik unbeleckt“. Eine national orientierte Geburtenförderung sei nicht möglich und nicht beabsichtigt, gehe es doch um das „Endziel 'Weltbürgerrepublik'“. In diesen Kontext stellt Karl Richter die Osterweiterung der EU („Zuwanderung - aber richtig!“), die, so soll uns beigebracht werden, zwei „Profiteure“ habe, die internationalen Großkonzerne und die USA, letztere habe uns „jede Menge Probleme ans Bein (gebunden), damit Europa auch weiterhin ein Papiertiger bleibt“. Keine Mühe hat man anlässlich der Feier des Preußenjahres (Klaus Prectel), die von den Preußenkönigen betriebene Zuwanderung als richtig darzustellen, weil „europäische! - Einwanderer ins Land“ geholt worden seien. Das Thema Nation kehrt wieder bei dem Bericht über den Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen; bemerkenswert ist die Liste der Gratulanten, in der Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm neben Otto Scrinzi, Peter Dehoust und Hans-Helmuth Knütter aufscheint. Knütter hat mit einem Beitrag über eine angebliche Bedrohung der Grundordnung den Jahreskongress der Gesellschaft für Freie Publizistik mit bestritten. Altmeister Franz Schönhuber behandelt sein Lieblingsthema Verfassungsschutz, unter anderem mit dem Bekenntnis „es war ein riskantes, aufregendes Leben, das ich führte, ich möchte es nicht missen“. Nach dem Wahldebakel der Republikaner in Baden-Württemberg gerät deren Vorstand zunehmend in eine Richtungsdiskussion, in der unterschwellig Harald Neubauer als künftiger Parteiführer ins Gespräch kommt. Zur Stoiber-Biografie von Peter Köpf heißt es, Stoiber habe „zahlreiche Forderungen aus dem REP-Programm“ übernommen und gleichzeitig einen „beispiellosen Vernichtungsfeldzug“ gegen Schönhuber und Neubauer inszeniert. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 16. Jg., 20-23/2001:

„Düsseldorfer Paranoia“ titelt das Rechtsblatt und empört sich über seine Erwähnung in dem „aktuellen haarsträubenden“ Bericht des nordrhein-westfälischen Landesverfassungsschutzes. „Haltlos“ seien die Vorwürfe gegenüber der JF, als Beleg dafür werden einzelne Textpassagen aus dem Landesbericht angeführt - die aber gerade beispielhaft sind für die Nähe der JF zum Rechtsextremismus. Chefredakteur Dieter Stein kündigt an, dass die JF gegen den Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Münster, die Berufung der JF im Prozess gegen das NRW-Innenministerium wegen der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht zurückzuweisen, in Karlsruhe Beschwerde einreichen werde (20, 23/01). Von einem haarsträubenden Leserbrief, in dem „ausländische Kinder“ als „vielfältige Belastung“ dargestellt werden und die „Abtreibung ausländischer Babys“ befürwortet wird, distanziert sich die JF-Redaktion schließlich zwei Ausgaben später (20, 22/01). Verpackt in einen Beitrag über mehrere Biografien Winston Churchill's versucht sich Wolfgang Berger mit der Reinwaschung des „verfemten“ David Irving, „dessen zeithistorisch investigative Studien einst bei den ersten Verlagsadressen herauskamen“ (20/01). Den - angeblich diskreditierten - Widerstand des 20. Juli und der „Weißen Rose“ will die JF für sich reklamieren. Schließlich sei der „entschieden national motiviert“ gewesen, meint Dieter Stein, wo doch die „tonangebende politische Klasse Nation und Volk am liebsten historisch entsorgen möchte“ (21/01). Der Wahlsieg Berlusconi in Italien wird begrüßt. Wenn die Zeit reif sei, würden sich eben „die in die berühmte Schweigespirale Getriebenen per Wahlzettel zu Wort“ melden, freut sich Andreas Wild. Andreas Mölzer bewertet es als positiv, dass Berlusconi - im Gegensatz zu den Machtverhältnissen in Österreich - mit seiner geballten Meinungsmacht auch die öffentliche Meinung in Italien dominieren könne. Der italienische neurechte Theoretiker Marco Tarchi weist im JF-Interview darauf hin, dass bei der künftig an der Regierung beteiligten Alleanza Nazionale „weiterhin zahlreiche kulturelle neofaschistische Referenzen vorhanden“ seien (21, 22/01). Hans-Helmuth Knütter sieht die drohende Gefahr einer „Öko-Diktatur“ sowie „Euro-Diktatur“ heraufziehen, die Tendenzen zur Bevormundung der Bürger, Gesinnungsterror, physischer Terror, totalitärer Elemente“ seien unverkennbar. „Wehret den Anfängen“, Widerstand sei noch möglich, appelliert er (21/01). Die JF feiert ihr 15-jähriges Bestehen. Eine Jubiläumsausgabe soll am 29. Juni erscheinen, kündigt Dieter Stein an (23/01). (gn)

Ausland

Geheimoperationen

Vertreter des „Sicherheitsdiensts“ des rechtsextremen Front National vertreten in Afrika „französische Interessen“.

Für Schlagzeilen sorgt in Frankreich wieder Bernard Courcelle. Der hatte in den Jahren 1994 bis 1999 den „Sicherheitsdienst“ - Kritiker sagen: die paramilitärische Miliz - des rechtsextremen Front National (FN) geleitet, den DPS. Das Kürzel stand, und steht noch immer, für Département Protection et Sécurité (Abteilung Schutz und Sicherheit). Der DPS hatte Stoff genug geliefert, dass 1998 extra eine parlamentarische Untersuchungskommission eingerichtet wurde, die im Frühsommer 1999 einen zweibändigen Bericht von 773 Seiten publizierte.

Noch während die Anhörungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Paris liefen, konnten Neuigkeiten vom ehemaligen DPS-Chef Bernard Courcelle vernommen werden, aus einer Weltgegend, in der das Publikum ihn eigentlich nicht vermutet hätte. Am 9. April 1999 berichtete die Boulevardzeitung „Le Parisien“, Bernard Courcelle sei zum Leibwächter und Chef der Präsidentengarde des Diktators von Kongo-Brazzaville, Denis Sassou-Ngessou, ernannt worden. Was - bei oberflächlicher Betrachtung - für den ehemaligen Chef des „Sicherheitsdiensts“ einer rassistischen Partei ungewöhnlich erscheinen musste, war tatsächlich äußerst logisch. Hat doch die Präsenz französischer Söldner, Militaria-Fans und Abenteurer, die oft eine stark ausgeprägte Neigung zur extremen Rechten besitzen, eine lange Tradition in Afrika.

Die Tageszeitung „Libération“ enthüllte nun am 14. Mai dieses Jahres neue Dokumente, die die Rolle von Bernard Courcelle in Afrika näher beleuchten. Demnach stand Courcelle an der Spitze einer kleinen Truppe von zehn französischen „Beratern“ und Söldnern. Die Zehn treffen im März 1999 im von einem blutigen Bürgerkrieg geschüttelten Kongo-Brazzaville ein. Sechs der neun Mitreisenden Courcelles sind Aktivisten des DPS, darunter drei hauptamtliche Beschäftigte des rechtsextremen „Sicherheitsdiensts“. Die Aufgabe der „Sicherheits-Spezialisten“ wird es sein, der bewaffneten Opposition des Landes eine Falle zu stellen. Es handelt sich um Anhänger des 1992 gewählten Präsidenten des Landes, Pascal Lissouba, der 1997 durch den langjährigen al-

ten und neuen Diktator Sassou-Ngessou mittels eines Putschs gestürzt wurde. „Französische Interessen“ waren dabei nicht unbedingt neutral: Lissouba hatte in seiner Amtszeit beschlossen, die Staatsquote an dem in Kongo-Brazzaville geförderten Erdöl von 17 auf 33 Prozent zu erhöhen. In den Augen des französischen Ölkonzerns Elf Aquitaine eine Todsünde. Da Courcelle Verbindung zu dem belgischen Söldner-Unternehmer Marty Cappiau hat, der seinerseits mit den Rebellen im Geschäft steht, kann er den Lissouba-Anhängern eine Falle aufbauen. Über Cappiau nimmt Courcelle Kontakte zu den Rebellen auf und versetzt sie in den Glauben, einen militärischen Staatsstreich gegen den Diktator Sassou-Ngessou zu organisieren. Die Rebellen stellen 40 Mann ab. Es handelt sich jedoch um einen Hinterhalt.

Drei Mitglieder von Courcelles zehnköpfiger Truppe, die nicht dem Front National und DPS angehören und auf eigene Faust im Geschäft sind, werden in der Folge von Courcelle fallen gelassen und kommen als „Rädelsführer“ ins Gefängnis. Courcelle sagt vor Gericht gegen sie aus; das entsprechende Dokument der kongolesischen Justiz liegt „Libération“ vor. Eines der DPS-Mitglieder aber, Claude Hermant, will seine Söldnerkameraden nicht im Stich lassen und landet seinerseits im Gefängnis. Den vier Männern gelingt Anfang Juni 1999 die Flucht, und sie nehmen in der französischen Botschaft Zuflucht - die sie aber nach sechs Tagen an das Regime ausliefert. Zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, werden sie jedoch am Ende durch Diktator Sassou-Ngessou begnadigt.

Am 6. Juni dieses Jahres hat sich Claude Hermant nun in „Libération“ in einem längeren Interview zu Wort gemeldet. Darin erklärt er seine Bereitschaft, vor der französischen Justiz gegen seine Ex-Kameraden auszusagen. Der abtrünnige DPS-Aktivist bestätigt nicht nur den Bericht vom 14. Mai, sondern liefert neue Details über die nationalen und internationalen Aktivitäten des DPS. Demnach war die Söldner-Truppe um Bernard Courcelle, die Anfang 1999 Richtung Kongo-Brazzaville abreiste, bereits zuvor - von Dezember 1998 bis März 1999 - im Pariser Umland an der Vorbereitung eines geplanten Mordanschlags auf den kongolesischen Ex-Minister Moungounga N'Guila, Finanzminister unter Lissouba, beteiligt. Im Jahr 1997, so führt Hermant ferner aus, seien Mitglieder des DPS an der Seite des ehemaligen zairischen Präsidenten Mobutu militärisch aktiv gewesen. Die Ausreise des Ex-Diktators nach Frankreich, im Frühsommer 1997, sei ebenfalls „unter Mithilfe des DPS“ geschehen. Zu jenem Zeitpunkt stand Courcelle allerdings noch unbestritten an der

Spitze des FN-Sicherheitsdiensts. Wie Hermant ausführt, habe innerhalb der offiziellen DPS-Struktur eine Sondereinheit von rund 60 Mann bestanden, welcher der jetzige Dissident angehört haben will. Dieser gibt an, eine militärische Ausbildung von 90 Tagen „am Parteisitz des Front National“ durchlaufen zu haben, die von ehemaligen Mitarbeitern der Nachrichtendienste geleitet worden sei. Dabei sei er unter anderem auf quasi-geheimdienstliche Operationen vorbereitet worden, insbesondere auf die Unterwanderung antifaschistischer Gruppen wie Rasle-Front und SOS Racisme. Ferner sei die Manipulierung von Jugendbanden in den Trabantenstädten der Ballungszentren vorbereitet worden - diese sollten im Vorfeld von Wahlen kriminelle Delikte verüben und Autos verbrennen, um an ausgewählten Orten „das Unsicherheitsgefühl ansteigen zu lassen“. Die inoffizielle Sonderstruktur innerhalb des DPS sei, so der Zeuge, teilweise durch den Front National finanziert worden und teilweise durch Courcelle persönlich,

„mit Hilfe von Sicherheitsaufträgen im Ausland, Söldnerdiensten und Waffenhandel“.

Hintergründe über das Agieren von Bernard Courcelles, insbesondere im Söldnergeschäft, liefert der auf die französisch-afrikanischen „Sonderbeziehungen“ spezialisierte Journalist François-Xavier Verschave in seinem Buch „Noir Silence“, das im Frühjahr 2000 erschienen ist. Verschave betont dabei auch Courcelles Verbindungen ins Milieu von Geheimdiensten und Militär. Courcelle war, bevor er 1994 das Kommando des DPS übernahm, Offizier des militärischen Nachrichtendienstes DPSD, dem auch der heutige FN-Generalsekretär Bruno Gollnisch angehörte. Ende 1999 wurde Courcelle mit der Sicherheit des kongolesischen Ölhafens Ponte-Noire beauftragt. Dass er hier auch mit „französischen Interessen“ zu tun hat, liegt im Übrigen auf der Hand. Heute lebt er, „Libération“ zufolge, im westafrikanischen Staat Benin.

Bernhard Schmid

DU gegen rechts

Für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7, Schul-AGs, Jugendgruppen und -clubs sowie Studierende (von 12 bis 25 Jahren)

Der **blick nach rechts** prämiiert in einem Wettbewerb Projekte von engagierten Jugendlichen.

Beschreibt, wie ihr (ab 5 Personen je Gruppe) in eurem Umfeld gegen Rechts-Extremismus und Ausländerfeindlichkeit vorgeht (z.B. Stadtteulfeste, Plakataktionen, RAPS, Hörspiele, Theaterstücke, Ausstellungen, Websites, Patenschaften). Willkommen sind auch Einsendungen, die sich mit der lokalen NS-Vergangenheit beschäftigen. Entscheidend ist, dass euer Projekt sich an den jeweiligen örtlichen Besonderheiten orientiert.

Eingesandt werden können als Dokumentation Bild- und Tonträger, Presseauschnitte, Website-Adressen oder ausführliche Berichte.

Eine Jury entscheidet über die Gewinner des Wettbewerbes. An jede Altersstufe (12-15, 15-18, 18-25 Jahre) werden zwei Hauptpreise und verschiedene Sonderpreise vergeben.



Schirmherrschaft
Bundestagspräsident
Wolfgang Thierse

Anmeldeschluss
für die Projektidee:
1. Oktober 2001

Einsendeschluss
der Dokumentation:
31. Dezember 2001

Weitere Infos unter
www.bnr.de

Anmeldung und Rückfragen
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Frau Bastienne Gebhard
Tel. (0 30) 2 55 94 - 155, Fax - 199
E-Mail info@bnr.de

ALLES WIRD SICH ÄNDERN - DURCH UNS!

Meldungen

Inland

■ **Berlin** - In der Reihe „Profil“ des NPD-Parteivorstandes ist erstmals seit 1980 wieder eine Broschüre erschienen. Der NPD-Arbeitskreis „Volk und Staat“ hat unter der Führung von Jürgen Schwab ein staatspolitisches Positionspapier mit dem Titel „Klarheit im Denken und Handeln beim Thema 'Neue Ordnung'“ vorgelegt. Vorab stellt die NPD, die sich als „revolutionäre Partei“ definiert, klar, dass „das Grundgesetz der BRD völkerrechtswidrig zustande gekommen“ sei. Beklagt wird, dass „die politische Klasse der BRD“ das „demokratische deutsche Staatsbewusstsein zugunsten eines antidemokratischen und antisozialen Internationalismus“ untergrabe habe. Die „etablierten Parteien (seien) zu Instrumenten einer charakterlosen politischen Klasse degeneriert“, die „sich im Hintergrund wirkenden Machtgruppen andiene.“

■ **Bielefeld** - Überraschend ist nach einem Jahr doch noch die sechste Ausgabe des Skinhead-Magazins „Unsere Welt“ erschienen. Das Heft des Bielefelder Nazi-Skins Bernd Stehmann dürfte eine Herausforderung für den Staatsanwalt sein. Gleich mehrfach sind neben Konzertberichten Bilder von Skinheads abgedruckt, die den Hitlergruß zeigen. Die Handfläche ist zwar überklebt, doch der Leser erkennt sofort, was dargestellt werden soll. Manche Juristen sehen deshalb den Paragraphen 86 (Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen) erfüllt. In einem Fall wurde sogar bei einem Konzert in Nordrhein-Westfalen der ausgestreckte Arm im Bild festgehalten. Neben den üblichen Berichten präsentiert das Blatt ein Interview mit einem „Aussteiger“. Ein ehemaliger Autonomer berichtet über seine angeblichen Erlebnisse und schwärmt von den „korrekten“ Skinheads, denen er sich inzwischen angeschlossen hat.

■ **Burgsinn** - Der Rechtsextremist Robert Guter-muth schreibt als „Antifa-Gruppe Spessart, Mäusbergstr. 9, 97775 Burgsinn“ antifaschistische Organisationen und Publikationen an. Guter-muth unterhält seit Jahren enge Kontakte zur Neonazi-Knastorganisation HNG und war 1996 einer der Unterzeichner eines „Appells für Deutschland“, in dem eine „Vereinigte Rechte“ gefordert wird.

■ **Karlsruhe** - Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat am 23. Mai den Haftbefehl gegen den Neonazi

Manfred Huck außer Vollzug gesetzt. Der 36-Jährige war erst im März zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er in der Karlsruher Innenstadt bei einer Theatervorführung einen Mann aus der linken Szene mit dem Messer angegriffen und verletzt hatte. In der Begründung des OLG heißt es, Huck sei in der Vergangenheit bei allen Vernehmungen der Polizei pünktlich erschienen, deshalb sei es auch wahrscheinlich, dass er sich dem Strafantritt stellen werde, wenn das Urteil rechtskräftig wird. Außerdem habe der gelernte Altenpfleger eine Wohnung vorzuweisen und eine Stelle in einem Karlsruher Altenheim in Aussicht. Die wieder gewonnene Freiheit hat Huck gleich eine Woche später genutzt, um bei einer Demonstration mit 500 anderen Neonazis durch die Karlsruher Innenstadt zu ziehen.

■ **Korschenbroich** - Der von dem Neonazi Christian Malcoci am 22. November 1992 im Rheinland gegründete und geführte „Orden von Thule“, eine „Glaubens- und Kulturgemeinschaft“, die sich als „Instrument zur Förderung der deutschen Kultur, zur Klärung von Glaubensfragen und zur Erforschung der mythischen Vergangenheit“ versteht, hat sich im Mai der rassistischen „Artgemeinschaft“ unter Führung von Jürgen Rieger angeschlossen. Damit sei nun, so Malcoci, neun Jahre nach Gründung des „Ordens von Thule“ ein „erfolgreicher Abschnitt“ abgeschlossen.

■ **Landsberg** - In einer Nacht-und-Nebel-Aktion haben Unbekannte am 7. Juni, dem 50. Jahrestag der letzten Vollstreckungen, über 100 Gräber der auf dem Spöttinger Friedhof des Gefängnisses von Landsberg am Lech (Bayern) liegenden hingerichteten NS-Kriegsverbrecher mit Blumenschmuck versehen. Bis 1951 wurden in Landsberg 284 Todesurteile vollstreckt, darunter Otto Pohl, der Leiter des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamts. Im Landsberger Gefängnis war Hitler nach dem gescheiterten Putsch von 1923 festgesetzt. 1993 saß in Landsberg der rechtsextreme Verleger Gert Sudholt ein. Im Vorwort seines Buches „In Haft. Landsberg 1993“ schreibt er über die auf dem Friedhof beerdigten NS-Kriegsverbrecher: „Möge ihre letzte Ruhestätte als eine würdige Gedenkstätte gegen Siegerwillkür und Rachejustiz erhalten bleiben und häufiger als bislang besucht werden.“

■ **Lübeck** - Der 46-jährige Rechtsextremist Dieter Kern, Vorsitzender des „Bündnis Rechts“, vormals Aktivist bei NPD und Deutsche Liga für Volk und Heimat, ist wegen „Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen“ vom Lübecker Amtsgericht zu

einer Geldstrafe von 3 600 Mark verurteilt worden. Kern, seit 1989 Mitarbeiter des städtischen Umweltamtes, hatte in dem Neonaziblatt „Lübscher Aufklärer“ von Juli bis Dezember 2000 Anzeigen veröffentlicht, die für T-Shirts und Ärmelaufnäher mit einem Totenkopf werben, der dem „SS-Totenkopf“ gleicht. Der Totenkopf war eines der bekanntesten Erkennungszeichen der SS. Als Rechtsanwalt stand Kern der Hamburger Rechtsextremist Jürgen Rieger zur Seite.

■ **Mainz** - Die Republikaner wollen ihren nächsten Bundesparteitag am 27./28. Oktober in der Mainzer Rheingoldhalle durchführen. Rund 500 Delegierte und einige hundert Gäste werden von der Krisen geschüttelten Partei erwartet. Die Stadt Mainz sieht keine Möglichkeit, die Veranstaltung zu verhindern.

■ **Saalfeld** - Neuer NPD-Landesvorsitzender in Thüringen ist der NPD-Bundesgeschäftsführer und Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt. Der Thüringer Ex-Landesvize Tino Brandt, enttarnter langjähriger Spitzel für das Verfassungsschutzlandesamt, ist aus der Partei ausgetreten.

■ **Schwetzingen** - „Hochzeit in der Art des Heidentums“ sowie „Hochzeitszeremonien wie vor 2000 Jahren“ bietet Elfrun von Hain (s. BNR 1/2000), Funktionärin der „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas“ (ANSE) sowie Leiterin des „Halgadom-Kreises“ im „Armanen-Orden“ (AO), in einschlägigen Kreisen an: „Nachdem sich in den letzten Jahrzehnten heidnische Gesellschaften wieder gründen konnten, besteht nun auch die Möglichkeit, wieder nach heidnischer Art zu heiraten. Ein Tempel der Freya aus Marmor konnte noch nicht errichtet werden, aber ein wunderschöner heiliger Hain steht uns schon zur Verfügung.“

■ **Siegen** - Martin Scheele, Betreiber der Internetseite „Siegener Bärensturm“, ist wegen Volksverhetzung zu zehn Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Scheele hatte auf seiner Seite, die auch unter dem Namen einer Siegener SA-Einheit als „Kameradschaft 2/130“ firmiert, einen Text von Manfred Roeder veröffentlicht. Der sei geeignet, „Hass gegen Juden zu schüren“, entschied das Siegener Amtsgericht. Die Richterin nahm es Scheele nicht ab, dass er den Text gar nicht komplett gelesen habe, bevor er ihn auf seine Seite stellte. Verteidigt wurde der 31-Jährige, der unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung sowie schweren Landfriedensbruchs verurteilt ist und zur Tatzeit unter Bewährung stand, von Rechtsanwalt Klaus Kun-

ze, der damit nicht zum ersten Mal Leute aus dem Umfeld der Sauerländer Aktionsfront (SAF) vertrat. Auf den Zuschauerbänken saß auch Manfred Roeder.

■ **Speyer** - Das Amtsgericht Speyer hat am 7. Juni dieses Jahres den Skinhead und Anti-Antifa-Aktivist Ronnie Reimer aus Schifferstadt wegen gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung und Widerstand gegen Polizeibeamte zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Weil der 17-Jährige aber von Anfang Januar bis zum Prozessauftritt im Mai in Untersuchungshaft saß, wurde die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt. Reimer hatte bei einer Skinhead-Party in Schifferstadt eine Bekannte mit einem Messer angegriffen und verletzt. Außerdem hatte er bei einer Festnahme nach einem Volksfest in Mannheim die Polizeibeamten als „Judenschweine“ und „Scheißbullen“ beschimpft. Beim Prozess distanzierte sich der ehemalige Herausgeber der Fanzines „Süd-West-Wind“ und „Pfalzfront“ ausdrücklich von der rechten Szene.

■ **Wehr** - Das Lokal „Reissverschluss“ im südbadischen Wehr ist inzwischen ein fester Treffpunkt der überregionalen Skinhead-Szene im Drei-Länder-Eck Deutschland, Schweiz und Frankreich. Die Lörracher Skinband „Blutrausch“ steht in der Kneipe regelmäßig auf der Bühne. Die vierköpfige Band, die mit ihrer Musik nach eigenen Angaben ihre „Wut“ ihren „ganzen Hass“ und ihre „Ideale“ unters Volk bringen will, hat auch gleich in einem Nebengebäude ihren Proberaum. Erstmals wurde die Gemeinde Wehr im Sommer vergangenen Jahres von der Skinhead-Szene angesteuert, in diesem Jahr gab es neben mehreren Treffen zwei weitere Konzerte. Zuletzt kamen am 1. Juni über 130 Skinheads aus dem In- und Ausland zu einem Konzert der Band. Einige Besucher hatten wenige Stunden zuvor an einem Neonazi-Aufmarsch in Karlsruhe teilgenommen.

■ **Wiesbaden** - Der 77-jährige Ex-Spitzenfunktionär der Republikaner, Hans Hirzel, hat am 30. Mai seiner Partei den Rücken gekehrt. Laut einem Bericht der „Jungen Freiheit“ hat der Vorzeige-Republikaner, der als Widerstandskämpfer firmiert, diesen Schritt mit sich „anhäufenden Gegensätzen“ zwischen sich und der Parteispitze begründet. Auf dem REP-Bundesparteitag im November in Winnenden war Hirzel erfolglos gegen Schlierer um das Amt des Bundesvorsitzenden angetreten.

■ **Zittau** - Im sächsischen Zittau soll am 7. Juli der jährliche „Trauermarsch zum Angedenken unseres

ermordeten Kameraden Holger Müller stattfinden“. Unterstützt wird die Veranstaltung unter anderem vom „Nationalen Widerstand Nieder- und Oberlausitz“, der NPD, „Odins-Legion“ und dem Nationalen Jugendblick Zittau e.V. (NJB). Der im Januar 1992 gegründete NJB muss aus einem von der Stadt seit 1992 überlassenen Haus in Zittau bis zum 30. Juli ausziehen. Anfang Mai reagierte der neonazistische Verein auf die Kündigung der Stadt mit einer kaum verhohlenen Drohung, die via Flugblatt verbreitet wurde. Man übernehme „keinerlei Verantwortung für das Handeln einzelner Personen“ nach dem Auszug aus dem Vereinshaus. Die Räume werden als Kommunikationszentrum der lokalen Rechtsextremisten genutzt.

Ausland

■ **Großbritannien (Oldham)** - Bei den Unterhauswahlen erzielte der Rechtsextremist Nick Griffin in der nordenglischen Stadt Oldham ein Ergebnis von 16 Prozent (6552 Wählerstimmen). Im Mai weilte Griffin, Vorsitzender der British National Party (BNP) in den USA auf einer Referatstournee für die rechtsextreme Organisation American Friends of the BNP (AF-BNP; Vorsitzender: Mark Cotterill). AF-BNP-Kameraden demonstrierten im April vor der deutschen Botschaft in Washington gegen das NPD-Verbotsverfahren. Gezeigt wurden Transparente wie „BRD: B ubis R ache D iktatur“. Anschließend fand in Arlington eine Veranstaltung der AF-BNP statt, an der auch der NPD-Spitzenfunktionär Jürgen Distler teilnahm. Sein Referat über setzte der Bremer Neonazi Hendrik Ostendorf, der in den USA von der National Alliance von William Pierce ausgebildet wird.

■ **Österreich (Sibratsgüll)** - Der Holocaust-Leugner Walter Ochsenberger, Herausgeber des Hetzblattes „Phoenix“, ist Initiator eines „Appells an alle internationalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen“: „In wachsendem Maße werden in Deutschland Versammlungen und Demonstrationen der demokratischen Rechten untersagt. Bücher, Zeitschriften, Tonträger und Filme werden verboten. Speziell solche, die mit der staatlich festgelegten Zeitgeschichtsschreibung nicht konform gehen. Dadurch wird eine wissenschaftliche Forschung verhindert.“ In seinem internen Mai-Rundbrief teilt Ochsenberger mit, dass sein Konto in Lindau zum 30. Juni gekündigt worden sei. Zahlungen seien danach nur noch in bar oder per Scheck möglich, da sämtliche Banken Ochsenberger ein Konto verweigerten.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 12-2001 / Abo 5292719000

8

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

■ **Österreich (Wien)** - Die rechtsextreme Österreichische Gesellschaft der Völkerfreunde veranstaltet vom 10. bis zum 17. November wieder eine Flugreise nach Südspanien. Diese Reisen werden vor Ort zu einem Treffen mit dem österreichischen Holocaust-Leugner Gerd Honsik, der in Spanien Zuflucht vor der Justiz gefunden hat, genutzt. Als Verbindungsmann zwischen Honsik und österreichischen Rechtsextremisten gilt der Wiener Franz Radl, einst Kader der Küssel-Truppe Volkstreue Außerparlamentarische Opposition (VAPO). Auf der VAPO-Adressenliste findet sich auch Herbert Fritz, Kopf der Österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde, jüngst Autor in der „National-Zeitung“.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.